

In der Nacht zum 17. Mai 2007 hat das Parlament in Belgrad die neue Regierungskoalition bestätigt. Seit den Parlamentswahlen vom 21. Januar, den ersten seit der Auflösung der Staatenunion Serbien und Montenegro, wurde in Belgrad um eine neue Regierung gerungen. Ganz knapp vor Ende der gesetzlich vorgeschriebenen Frist, nach deren Ablauf Neuwahlen hätten ausgeschrieben werden müssen, haben sich die demokratischen Parteien des alten und neuen Premiers Vojislav Koštunica (*Demokratska Stranka Srbije*, DSS), des Präsidenten Boris Tadić (*Demokratska Stranka*, DS) sowie die aus einer NGO hervorgegangene Partei G17plus geeinigt. Die radikale Partei (*Srpska radikalna stranka*, SRS), die bei den Wahlen als stärkste Einzelkraft hervorgegangen ist, wurde somit von jeglicher Regierungsverantwortung ausgeschlossen. Diese Entscheidung ermutigte die EU-Kommission in Brüssel zu der Verlautbarung, die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Serbien wiederaufnehmen zu wollen. Aufgrund mangelnder Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag waren diese für künftige Beitrittsverhandlungen notwendigen Gespräche vor gut einem Jahr auf Eis gelegt worden. Seit Mitte Juni sitzen Belgrad und Brüssel wieder gemeinsam am Tisch. Um einen Weg aus der Sackgasse zu finden, wurde nach der kürzlich erfolgten Auslieferung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Zdravko Tolimir ein Neu-

start der Gespräche über eine EU-Annäherung Serbiens gewagt. Das Junktim zwischen der Verhaftung des Ex-Generals Ratko Mladić und Beitrittsverhandlungen wurde offensichtlich aufgelöst. Neben dem Europa freundlich gesinnten Tadić betont auch Premier Vojislav Koštunica, den unterbrochenen Weg nach Europa fortsetzen zu wollen. Alle Parteien der neuen Regierung haben sich die EU-Integration sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal auf ihre Fahnen geschrieben.

Der Flug von München nach Belgrad dauert etwa so lange wie ein Flug nach Rom. Warum also spricht man von Serbiens Weg nach Europa? Liegt Serbien nicht mitten in Europa? Als Westeuropäer kommt man kaum umhin zuzugeben, dass erst der Krieg diese Region in das Bewusstsein gerückt hat, als ob der Balkan weit jenseits der Grenzen liege und das europäische Selbstverständnis nicht berühre.

Die ersten visuellen Eindrücke bestärken dieses Gefühl der Fremdheit. Auf der Fahrt vom Flughafen zum Hotel Intercontinental in Novi Belgrad begegnet man einem auf einer rauchenden Müllhalde angelegten Sinti-und-Roma-Lager, direkt unter einer der großen Donaubrücken, die ins mondäne Zentrum der Hauptstadt führen. Für einen kurzen Moment glaubt man, sich außerhalb Europas zu befinden. Ein noch größeres Lager passiert man auf dem Weg nach Südserbien entlang einer der großen Ausfallstraßen. Viele ähnliche Elends-

quartiere mit den bezeichnenden Namen „Bangladesh“ oder „Deponia“ existieren im Land. Geschätzte 850 000 der Roma-Bevölkerung zugehörige Personen lebten vor den kriegesischen Auseinandersetzungen der 1990er-Jahre im früheren Jugoslawien. Vor dem aggressiven Nationalismus und den darauf folgenden Kriegen geflohen, aus dem Kosovo vertrieben, leben viele inzwischen wieder beziehungsweise erstmals in Serbien, teilweise illegal, gettoisiert unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne die Möglichkeit, am Bildungs- und Gesundheitswesen teilzunehmen, in Serbien.

Unter den etwa zwanzig weiteren Minderheiten, die auf dem Territorium des serbischen Staates leben, fällt die Roma-Bevölkerung aufgrund ihrer Lebensumstände im Straßenbild mehr auf als alle anderen. Viele von ihnen leben Jahre nach dem Ende der kriegesischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan immer noch im Zustand der Illegalität und am äußersten Rand der Gesellschaft, wohingegen sie vor 1991 immerhin offizielle Staatsbürger waren mit der Möglichkeit, am relativen Wohlstand des Staates teilzuhaben. Die Integration der Minderheiten in die serbische Gesellschaft wird augenscheinlich eine der Hauptaufgaben der neuen Regierung in der nahen Zukunft sein, ohne deren Bewältigung eine Stabilität kaum zu erreichen ist. Je größer die Entfremdung der ethnischen Minderheiten ist, desto größer ist die Gefahr, in alte nationalistische Verhaltensweisen zurückzufallen. Ein erster Schritt in Richtung Integration ist mit der Änderung des Wahlgesetzes 2006 erfolgt. Die Fünf-Prozent-Hürde wurde abgeschafft und damit Minderheiten-Parteien der Weg geebnet, zwischen ein und drei Sitze im Parlament erringen zu können. Bei den Parlamentswahlen im Januar sind zwei Parteien, welche die Roma-Bevölkerung repräsentieren, angetreten, um ih-

ren Volksangehörigen im Parlament eine Stimme zu geben.

Demokratie auf schwierigem Boden

In Niš, der zweitgrößten Stadt Serbiens, die unweit der kosovarischen Grenze in eine traumhafte Bergwelt eingebettet ist, treten viele Gegensätze offen zutage. Dass die Idylle trügt, wird schnell klar: Die Müllabfuhr funktioniert schlecht, in den umliegenden Landgemeinden überhaupt nicht. Überall sind Rauchschwaden von kleineren und größeren Müllbergen zu sehen. Bald tränen die Augen, der Hals schmerzt. Was nicht verbrannt wird, findet sich an Straßenrändern und in Bächen wieder. Die hohe Arbeitslosenzahl kann man an den voll besetzten Cafés in der Innenstadt ablesen. An einem ganz normalen Werktag drängen sich auffällig viele junge Menschen in den Straßen der Stadt. Dennoch sprießen auch in Niš Einkaufszentren mit mondänen Boutiquen mit teurer Markenware wie Pilze aus dem Boden. Demzufolge wird es auch ein kaufkräftiges Publikum geben.

Niš, einst Hochburg der Opposition gegen Slobodan Milošević, versinkt in Armut und Korruption. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt, Zoran Živković, der mit dem ermordeten Premier Zoran Djindjić (2001 bis 2003) für ein reformorientiertes demokratisches Serbien kämpfte, setzte sich in Niš mit aller Macht gegen die grassierende Korruption, für eine funktionierende Wirtschaft und für eine Verbesserung der Infrastruktur sowie der Lebensverhältnisse ein. Von den enormen Anstrengungen des Ex-Bürgermeisters ist kaum noch etwas zu sehen: Die großen Industrieanlagen sind dem Verfall preisgegeben. Auf die Frage, wem die prächtigen Privathäuser am Stadtrand gehören, fällt immer wieder der Name des jetzigen Bürgermeisters und seiner Familie. Die Korruption hat einen neuen Höchststand erreicht. Und die Bevölkerung scheint resigniert: Alkohol- und Tabakkonsum rui-

nieren die Gesundheit vieler junger Menschen.

Noch dramatischer erscheint die Situation in den umliegenden Landgemeinden. Diese verweisen sukzessive. Viele Schulen sind jetzt schon zu Ruinen geworden. Die verbliebenen Alten versorgen sich selbst mehr schlecht als recht, und den wenigen jungen Leuten steht die Hoffnungslosigkeit im Gesicht geschrieben. Nicht wenigen sieht man den schlechten Gesundheitszustand an. Das Ausmaß der Armut auf dem Land ist erschreckend und deutlicher als erwartet. Alle Vorurteile über „balkanische Verhältnisse“ scheinen sich hier zu bestätigen, und Westeuropa liegt in unendlicher Ferne.

In dieser Situation spiegeln sich sowohl die Entbehrungen der Kriegszeit, als Serbien zu einem der ärmsten und am meisten geächteten Länder Europas mutierte und nach Nigeria auch noch zum korruptesten Staat der Erde wurde, als auch die momentane Inselsituation. Serbien ist durch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU zu Beginn dieses Jahres isolierter denn je. Im Moment sind nicht einmal mehr die Märkte im nahe gelegenen Bulgarien, die früher eine abwechslungsreiche und billige Einkaufsfahrt garantierten, zugänglich. Nun ist ein Visum erforderlich.

In dieser Trostlosigkeit erscheint es umso verwunderlicher, aber gleichzeitig auch als positives Zeichen, mit welcher Selbstverständlichkeit am 21. Januar gewählt wurde. Schon im Vorfeld konnte man einen Eindruck gewinnen, wie engagiert Demokratie praktiziert wurde. Die Wahlkampagne verlief lebhaft und friedlich. Die Medien boten den Bürgern eine große Informationsplattform. Die großen Parteien wurden gleichermaßen berücksichtigt und konnten ihre Veranstaltungen ungehindert in einer freien Atmosphäre durchführen. Seit langer Zeit traten erstmals wieder Minderheitenparteien zur Wahl an.

Ein ähnlich positives Bild bot sich auch am Wahltag. Der persönliche Einsatz vieler lokaler Wahlhelfer war enorm. Selbst halb eingefallene Schulen wurden so hergerichtet, dass eine Wahl nach gängigen demokratischen Regeln durchgeführt werden konnte. Alte Leute nahmen stundenlange Fußwege auf sich, um zu wählen. Wahlfälschungen, Stimmenkauf oder ernsthafte Zwischenfälle wurden bis auf einige wenige Ausnahmen nicht gemeldet. Das Ergebnis am Wahlabend war dann umso niederschmetternder für all diejenigen, die sich eine grundlegende Demokratisierung Serbiens wünschen: Die radikale Partei mit ihrem Vorsitzenden Vojislav Šešelj ging als stärkste Kraft hervor. Auch in den beiden ländlichen Wahlbezirken Südserbiens gewannen die Radikalen über dreißig Prozent der Stimmen. Es gehört zu den Absurditäten dieser Wahl, dass ein seit vier Jahren in Den Haag einsitzender mutmaßlicher Kriegsverbrecher auf einer bei einer demokratischen Wahl zugelassenen Liste an der Spitze stehen kann, namentlich genannt als Vorsitzender, mit einer Belgrader Adresse. In der Realität führt die Geschäfte ein anderer: Tomislav Nikolić, der kurz vor der Regierungsbildung Schlagzeilen machte, weil der Ultranationalist und bekennende Anti-Europäer für kurze Zeit als Parlamentspräsident in Serbien fungierte – im Übrigen mit der Unterstützung Koštunicas.

Die verlängerte Transition

Der schon genannte Zoran Živković, der nach der Ermordung seines Freundes Djindjić für kurze Zeit das Amt des Premierministers übernahm, bedauert das Überleben der alten Eliten bis zum heutigen Tag zutiefst und macht diesen Umstand für den Tod des Reformpolitikers verantwortlich. In der Tat war die Oktoberrevolution in Belgrad im Jahr 2000, obwohl in deren Verlauf Milošević gestürzt wurde, keine originäre Revolution. Ein

deutlicher Bruch mit den Eliten dieses autoritären Regimes, der militärischen und polizeilichen Führung, der Finanz-Oligarchie, allen anderen von Milošević unterstützten Organisationen sowie mit der Verfassung wurde nicht vollzogen. Nicht zuletzt Koštunica, der alte und neue Premier Serbiens, steht für Kontinuität und Schutz der Clique um den in Den Haag verstorbenen Milošević. Bei den zähen Verhandlungen über eine neue Regierung hat Koštunica sich nie wirklich eindeutig und kompromisslos auf die Seite des demokratischen Lagers gestellt.

Versäumte Zäsur

Der Machterhalt der alten Eliten sowie der zähe Regierungsbildungsprozess haben weite Teile der Bevölkerung ihrer Führung entfremdet und in der Meinung, dass es nur um Verteilung von Privilegien und Pfründen gehe, bestärkt. Diese versäumte Zäsur ist eine der entscheidenden endogenen Ursachen für die verschleppte Demokratisierung in Serbien.

Die zweite daraus folgende Ursache für die verlängerte Transition ist die tiefe Verankerung nationalen Gedankenguts in weiten Teilen der Gesellschaft. Es hat bisher keinen echten Versuch eines Neuanfangs gegeben, und demzufolge wird jeglicher freie Diskurs über die jüngste Vergangenheit bislang unterdrückt. Dies kann man auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens beobachten. Bis heute wurden die vom Haager Tribunal gesuchten Generäle Ratko Mladić und Radovan Karadžić nicht verhaftet und an das Jugoslawien-Tribunal ausgeliefert. Inzwischen wird öffentlich, was schon seit einiger Zeit als sicher gilt, nämlich dass Mladić in Serbien zu finden ist, sich zeitweise in Belgrad aufhält und in die südserbischen Berge zum Skifahren reist. Noch kann aber in der Bevölkerung kein Konsens über die Notwendigkeit hergestellt werden, den Serben nach Den Haag zu überstellen. Bezeichnenderweise er-

halten die Familien von im Haager Gefängnis einsitzenden verurteilten Kriegsverbrechern großzügige Zuwendungen von staatlicher Seite. Generell herrscht keine Einsicht für die Notwendigkeit, mit Gerichtsprozessen einen ersten wichtigen Schritt zur Aufarbeitung der eigenen jüngsten Geschichte zu tun.

Kein führender Politiker in Serbien möchte offensichtlich in die Fußstapfen von Djindjić treten, der alte Seilschaften auflösen wollte und Milošević der Verantwortung des Internationalen Strafgerichtshofs überließ. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass die Chefanklägerin Carla Del Ponte mit Sorge an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in deren Funktion als EU-Ratspräsidentin appelliert hat, den Druck auf Serbien bezüglich der Überstellung der mutmaßlichen Kriegsverbrecher nicht zu vermindern. Allzu freudig und mit vielen Versprechungen hinsichtlich einer Annäherung an Europa haben viele EU-Länder auf die Nachricht der Regierungsbildung unter Ausschluss der Radikalen in Serbien reagiert.

In Belgrad selbst hat gerade eben ein Sondergericht für die organisierte Kriminalität die Mörder des Reformers Zoran Djindjić zu Höchststrafen verurteilt. Sie wurden in einem über drei Jahre dauernden Strafgerichtsprozess des Mordes an dem Politiker für schuldig befunden. Über die politischen Hintergründe, die Auftraggeber, die bis zum heutigen Tag funktionierenden Netzwerke aus der Milošević-Ära schwiegen sich nicht nur die Angeklagten, sondern auch das Gericht aus.

Aber nicht nur auf der politischen Ebene scheint es an Realitätsbezug zu fehlen. Die ältere Bevölkerung auf dem Land trauert immer noch den Zeiten Titos nach, der für sie Fortschritt gebracht und damit ein Gefühl von Stolz vermittelt hat. Nicht selten findet man in Bauernhäusern ein Bild Titos an der Wand und oft dane-

ben eines von Milošević. Vorbei sind die Zeiten, als die fruchtbaren Ackerböden Südserbiens ganz Jugoslawien mit ihren Produkten versorgt haben. Der Niedergang auf dem Land ist offensichtlich, die Sehnsucht nach einer Führungsperson, die diese zum Teil glorifizierte Vergangenheit wiederbelebt, den Stolz wiederherstellt, ist groß. So ist auch der Erfolg der radikalen Parteien mit ihrer vielversprechenden nationalistischen Argumentation zu erklären. Verantwortlichkeiten werden verschleiert und externalisiert.

Auf den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angesprochen, reagieren die meisten Serben ablehnend. Stereotyp vernimmt man die Antwort, „beide Seiten“ seien verantwortlich. Es sei ungerecht, dass in erster Linie Serben dort der Prozess gemacht werde. Angesprochen auf ein Graffito, das Šešelj als serbischen Helden darstellt, redet sich eine Dolmetscherin – sie ist noch keine fünfundzwanzig Jahre alt – in Rage: „Wir denken, er (Šešelj) ist nicht schuldig. Alle Serben in Haag sind nicht schuldig. Warum sind dort keine Kroaten und Bosnier, sondern nur unsere Leute?“ Auf die Nachfrage, ob sie tatsächlich der Meinung sei, alle in Haag einsitzenden Serben seien unschuldig, oder ob sie nur meine, dass verstärkt auch Angehörigen anderer ethnischer Gruppen der Prozess gemacht werden solle, macht sie einen kleinen Rückzieher und sagt, es sollten auch Kroaten und Bosnier dort sein. Außerdem dauerten die Prozesse zu lange, und wenn die Unschuld bestätigt würde, hätten die Leute Jahre ihres Lebens umsonst gebüßt. Den Haag könnten die Serben nur durch die Aussicht auf einen baldigen EU-Anschluss, die damit verbundene Verbesserung des Lebensstandards und das Erlangen der ersehnten Reisefreiheit ertragen. Der Tenor „Die anderen sind auch schuldig“ überwiegt unabhängig vom Alter quer durch alle Schichten der Bevölkerung.

Auf den nach 1990 einsetzenden nationalen Fanatismus, der im Massaker von Srebrenica seinen infernalischen Höhepunkt erreichte, reagieren die meisten Serben mit einer undurchdringlichen Blockadehaltung. Es herrscht eine Totalabwehr eigener Schuld, die jegliche Form von Distanz zur jüngsten Vergangenheit unmöglich macht und keinen öffentlichen Diskurs zulässt. Es scheint, als habe sich in Serbien ein kollektives Gedächtnis gebildet, das Abweichungen und Mehrdeutigkeiten unterbindet.

Ein weiteres Beispiel aus dem Wahlkampf zeigt die Dominanz nationalistischer Kategorien: Čedomir Jovanović, der Anführer der Liberal-Demokratischen Partei, war ein enger Vertrauter des ermordeten Zoran Djindjić. Seine Partei verwaltet dessen politisches Vermächtnis. Niemand sonst wagte im Wahlkampf auszusprechen, was längst Realität geworden ist: Kosovo sei für Serbien verloren und seine Unabhängigkeit unausweichlich. Reflexartig und der nationalen Terminologie treu, wird Jovanović, der aus dem festgelegten Schema ausbricht, von seinen Politikerkollegen als Verräter bezeichnet.

Ungelöste Territorialfrage

Es existiert umfangreiche Literatur über die Voraussetzungen und Vorbedingungen für Demokratie. In einem Punkt sind sich alle weitgehend einig: Vor dem möglichen Beginn eines politischen sowie ökonomischen Reformprozesses müssen die territorialen Grenzen festgelegt sein. Die Frage um den zukünftigen Status des Kosovo hängt wie der Gordische Knoten über allen Zukunftsplänen Serbiens in Europa, und im Moment ist noch kein Alexander in Sicht, der ihn aus der Welt schaffen könnte.

Die Kosovo-Frage hat den Wahlkampf vor den Parlamentswahlen im Januar allerdings weit weniger dominiert als in den Medien dargestellt. Noch am Vor-

abend des Wahltages hat die BBC den Zuschauern Kosovo als das zentrale Thema zu vermitteln versucht. Tatsächlich setzten fast alle Parteien wirtschaftliche Schwerpunkte, was angesichts der schlechten Lebensverhältnisse weiter Bevölkerungsteile naheliegt. Im nationalen Gedächtnis aber spielt das Kosovo weiterhin eine zentrale Rolle. Obwohl diese südlichste Provinz schon vor dem Krieg 1999, als die NATO eingegriffen und anschließend die UNO die Verwaltung übernommen hat, mehrheitlich von Albanern besiedelt war (1,2 Millionen von 1,5 Millionen Einwohnern), im königlichen wie auch im Tito'schen Jugoslawien als ein brodelnder Herd nationaler und politischer Auseinandersetzungen galt, ist den Serben die Preisgabe dieses im Mittelalter zur Kernzone des Staates zählenden Gebietes mit dem berühmten Amselfeld (Kosovo polje) als einer der symbolträchtigsten Landschaften der serbischen Geschichte unvermittelbar. Die kollektive Sprachregelung „Kosovo muss serbisch bleiben“ existiert unvermindert weiter. In ultranationalistischen Kreisen um den Šešelj-Freund und im Mai kurzzeitig amtierenden Parlamentspräsidenten Tomislav Nikolić ist sogar Krieg noch ein Mittel der Wahl, um die Provinz für Serbien zu retten. Im südserbischen Kruševac haben sich gar einige Hundert ehemalige Kämpfer versammelt, um eine paramilitärische Einheit für das Kosovo zu gründen. Von den Behörden unbehelligt, trugen sie Abzeichen paramilitärischer Einheiten aus den Balkankriegen der 1990er-Jahre. Einer der Organisatoren, Andrej Milić, verkündete: „Wir werden das Kosovo niemals aufgeben, wir werden kämpfen.“ Die neue Truppe soll nach Zar Lazar benannt werden. Er hat die Serben 1389 in der Schlacht gegen die Osmanen angeführt und knapp verloren. Kruševac war Lazars Hauptstadt. Ein eindrucksvolleres Beispiel für die Wirkmächtigkeit dieses – immerhin über 600 Jahre zurückliegenden – Ereignisses

für gegenwärtige politische Prozesse sowie für die Etablierung bestimmender Denkstrukturen ist schwer zu finden. Geschichte wird hier nicht verwendet, um für die Zukunft zu lernen, sondern dient als Manipulationsmaterial, ja als Waffe.

Die Realität sieht freilich ganz anders aus. Schätzungsweise 300 000 Menschen, überwiegend Serben, sind seit 1999 aus dem Kosovo geflohen. Die Zahl der Rückkehrer ist gering, zumal nicht wenige Häuser von Albanern gebrandschatzt wurden. Die verbliebenen Enklaven stehen unter UNO-Bewachung. Haben die meisten Vertriebenen in der ersten Zeit noch in Notunterkünften, von den Serben nicht selten als „Albaner“ beschimpft und abgelehnt, auf ihre baldige Rückkehr gehofft, konnte inzwischen der überwiegende Anteil der Binnenflüchtlinge die offizielle serbische Staatsbürgerschaft erhalten. Vielen ist es zudem gelungen, ihr im Kosovo liegendes Eigentum zu veräußern und sich in Serbien eine neue Existenz aufzubauen. Gleichwohl ist das Frustrationspotenzial über die ungelöste Statusfrage hoch.

Kosovo als Prüfstein

Die Lage im Kosovo selbst ist nicht weniger explosiv. Die Kosovo-Albaner stehen ganz auf der Seite des von Amerika unterstützten und vom UNO-Sondervermittler Ahtisaari ausgehandelten Plans einer kontrollierten Unabhängigkeit. Die wirtschaftliche Lage in dem als „Hinterhof“ Europas gebrandmarkten Gebiet ist noch desolater als in Serbien selbst. Mafiöse Strukturen existieren weitgehend unbehelligt von staatlicher Macht, Drogen- und Menschenhandel florieren. Europäische Standards bei der Bekämpfung dieser Probleme gibt es trotz intensiver Bemühungen des Westens nicht.

Die EU stehe „vor der größten und anspruchsvollsten zivilen Mission, die im Rahmen der Europäischen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik bisher mobilisiert wurde“, erklärte unlängst der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Sie soll die UNO-Verwaltung in Priština ablösen und das Kosovo in die kontrollierte Unabhängigkeit führen. Europa befindet sich mit dieser Aufgabe nicht nur zwischen den Fronten Russlands und der Vereinigten Staaten, sondern ist bezüglich der Statusfrage auch in sich gespalten. Länder, die selbst mit Sezessionsbewegungen zu kämpfen haben, stehen der Unabhängigkeit sehr skeptisch gegenüber. Großbritannien lehnt sich eng an die Position Amerikas an. Russland, das im Moment ohnehin einen Sonderweg einschlägt, droht mit einem Veto im Sicherheitsrat. Der ehemalige UNO-Botschafter Richard Holbrooke hält für diesen Fall sogar eine einseitige Anerkennung des Kosovo durch die USA für möglich.

Die von Präsident Bush unlängst in Aussicht gestellte NATO-Mitgliedschaft Serbiens als Ausgleich für den Verlust Kosovos wurde von Premier Koštunica postwendend zurückgewiesen: „Die USA müssen andere Wege finden, um ihre Liebe zu den Albanern auszudrücken. Sie können nicht einfach serbisches Territorium schenken.“

Dieses Szenario lässt kaum auf eine einfache zukünftige Entwicklung schließen. Eine friedliche Lösung ist jedoch die Voraussetzung dafür, dass das potenzielle Pulverfass Balkan entschärft werden kann und als Folge ein gestärktes Europa hervorgehen würde. Serbiens Weg nach Europa, dessen geografisches Zentrum es jetzt schon bildet, hängt also hauptsächlich von drei Faktoren ab.

Erstens: Gelingt eine Lösung der Kosovo-Status-Frage? Dies haben die Serben längst nicht allein in der Hand, aber die Politiker in Belgrad können durch eine Entkleidung der Diskussion von nationaler Polemik und Rhetorik wesentlich

dazu beitragen. Darüber hinaus liegt es vor allem an Europa, eine schnelle – für alle Seiten tragbare – Lösung herbeizuführen, damit die Demokratisierung nicht länger durch die Territorialfrage behindert wird.

Zweitens: Gelingt in Serbien ein *Nation-Building*-Prozess? Das Land steht vor der schweren Aufgabe, seine ethnischen Minderheiten, aber auch die vielen Binnenflüchtlinge und Neuserben aus dem Kosovo zu integrieren. Nationalistische Ressentiments gilt es abzubauen, enttäuschte Hoffnungen in positive Zukunftsprojekte umzuwandeln.

Drittens: Sehr schwierig, aber unerlässlich für Serbien ist die Beschäftigung mit der jüngsten Geschichte, den Balkankriegen der 1990er-Jahre. Fast alle europäischen Länder haben eine lange Geschichte der Vergangenheitsbewältigung hinter sich, allen voran Deutschland. Aber auch in Italien, Frankreich und Holland setzten mit unterschiedlicher zeitlicher Verzögerung Diskussionen und daraus resultierende schmerzhafteste Prozesse um die Resistenzbewegungen und die Frage der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland und Mithilfe bei der Judenverfolgung ein. Das negative Image Serbiens mag sich auch aus der Tatsache ableiten, dass offensichtlich ein Lernen aus intensiver Beschäftigung mit dieser äußerst schwierigen Vergangenheit Europas nicht erfolgt ist, ethnische Säuberungen im Europa der Nachkriegszeit möglich waren und sich nationalistische Parolen sogar ins einundzwanzigste Jahrhundert hinüberretten konnten. In Serbien muss sich die Erkenntnis der Notwendigkeit zur „reflexiven Selbsthistorisierung“ durchsetzen. Erst dann kommt eine Aufnahme in die Europäische Union infrage, denn diese versteht sich nicht nur als Wirtschafts-, sondern vor allem auch als Wertegemeinschaft.